

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur  
Dr. h. c. h. Auer  
Druck u. Verlag: Auer-Druck  
u. Verlags-Gesellschaft m. b. H.  
Rosa, Erzgebirge  
Kögl. Hof- u. Staatsdruckerei  
Zerschneidung Nr. 13.

Abonnementspreis: Durch unsere Posten frei ins Haus monatlich 4.50 Mfr. Bei der Geschäftsstelle abholt monatlich 4.40 Mfr. Bei der Post bezahlt und selbst abgeholt vierjährlich 15.50 Mfr., monatlich 4.50 Mfr. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mfr., monatlich 4.40 Mfr. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unfrankfurter Posten und Ausgabebriefen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Anzeigerpreise sind die Anzeigerpreise für den Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pf., auswärts 80 Pf., Nationalpolitische für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 20 Pf., sonst 25 Pf. Bei größeren Anzeigen entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis spätestens 4 Uhr vormittags. Für Fehler im Satz kann keine Haftung übernommen werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Schriftsteller erfolgt oder offensichtlich nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 171

Dienstag, den 27. Juli 1920

15. Jahrgang

## Das Neueste vom Tage.

Die Reichsregierung hat der Friedenskonferenz neues urkundliches Material über die vertragswidrige Handhabung der Volksabstimmung in Erben und Malmedy durch die Belgier übermittelt.

Die kommunistische Partei Deutschlands rief das Proletariat zu allgemeinen Massenversammlungen für den Anschluß Deutschlands an Rußland zu kommenden Sonntag auf.

Die französische Kammer hat den Friedensvertrag mit Bulgarien ratifiziert.

## Beginn der russisch-polnischen Verhandlungen?

Rußlands Antwort auf Polen.

Einem Radiotelegramm aus Moskau zufolge wird die polnische Regierung Vertreter die mit Polmachten ausgestattet sind, an den von der russischen Regierung zu bezeichnenden Ort senden. Die russische Regierung wird gleichfalls die Zeit festsetzen, zu welcher sich die polnischen Vertreter an diesen Ort begeben sollen. Das Radiotelegramm, gezeichnet mit Tschitscherin, das die Sowjetregierung am 23. Juli an die polnische Regierung richtete, lautet: „Der Minister des Äußeren Sawjcha, Warschau: Die Sowjetregierung Rußlands gibt der russischen obersten Heeresleitung den Befehl, mit den militärischen Kommandanten Polens sofort Verhandlungen einzugehen, die zu einem Waffenstillstand, der den endgültigen Frieden zwischen den beiden Ländern vorbereitet, führen können. Die russische Regierung wird die polnische Regierung über Ort und Zeit des Beginns dieser Verhandlungen zwischen den Militärkommandos der beiden Parteien unterrichten.“

Zusammentreffen der russischen und polnischen Parlamentäre am 30. Juli.

Nach einer in Wien eingetroffenen drahtlosen Depesche aus Moskau hat die oberste russische Heeresleitung in einem Funkpruch das polnische Oberkommando aufgefordert, am 30. Juli, abends 8 Uhr, auf der Straße Baranowitsch-Wrest-Litowsk unter weißer Flagge seine Unterhändler für den Waffenstillstand den roten Vorhut entgegenzuführen.

## Die politische Wirkung der Annahme des Waffenstillstandsangebotes.

Anerkennung der Sowjetregierung durch die Entente? Die Annahme des Waffenstillstandsangebotes der Polen durch die Sowjetregierung macht in Paris den besten Eindruck, insbesondere weil die Moskauer Antwort eine gemächliche Sprache spricht. Die Tatsache, daß die Regierung in Moskau die Truppen im vollen Siegeslauf aufzuhalten, wird als Zeichen ihrer Autorität aufgefaßt. Sollte man in den Waffenstillstandsverhandlungen den Geist der Verständigung weiter an den Tag legen, wie ihn die Antwortnote an Warschau zeigt, so sei es unseugbar, daß sich die politische Lage gegenüber der Sowjetregierung wesentlich verbessern würde. Es herrscht die Auffassung, daß, wie auch die Bedingungen für Polen ausfallen mögen, man auf Grund der einfachen Tatsache, daß der polnische Waffenstillstand angenommen wurde, daraus die Konsequenz herzuziehen Deutschland ziehen würde, daß heißt das Ersuchen Deutschlands, Vorkriegsmachtregeln an der Ostgrenze zu treffen, als nicht mehr möglich zurückzuweisen.

Aus London wird ferner gemeldet, die Sowjetregierung habe die englische Regierung wissen lassen, daß sie bereit sei, die Friedenskonferenz in London abzuhalten, wo neben Vertretern Rußlands und Polens auch Vertreter der Alliierten zugegen sein sollen. Als Vorbedingung verlangen die Bolschewisten die Auslieferung des Generals Wrangel, dessen persönliche Sicherheit gewährleistet wird. In der Note an England teilt die Sowjetregierung mit, daß sie sich mit den polnischen Friedensunterhändlern treffen wolle, um die Waffenstillstandsbedingungen festzusetzen.

Ungarns Hilfe für Polen von den Alliierten abgelehnt. Die Alliierten haben das Angebot Ungarns, Polen gegen den bolschewistischen Vormarsch militärische Hilfe zu leisten, abgelehnt. Die Alliierten haben darin nur einen Versuch Ungarns erblickt, zu einer Revision des Friedensvertrages zu gelangen; außerdem wollen sie die Bildung einer starken ungarischen Armee nicht begünstigen.

Aufhaltung eines Munitionstransportes für Polen. In Warburg traf gestern aus Gießen kommend ein für Polen bestimmter Munitionstransport ein, der auch Gewehre und Maschinengewehre enthielt. Im Zuge befanden sich u. a. auch ausländische Offiziere. In Gießen weigerten sich die Eisenbahnarbeiter, den Zug weiter zu befördern. In Warburg sammelte sich eine größere Menschenmenge an, die gegen die Weiterbeförderung des Transportes protestierte.

Der Zug bleibt vorläufig in der Nähe von Warburg liegen, bis weitere Anordnungen der Reichsregierung eintreffen.

## Ententetruppen für Polen in Danzig.

Obwohl die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland begonnen hat, sind noch am Sonntag die ersten technischen Truppen der Entente für Polen in Danzig eingetroffen, vornehmlich Offiziere und Ingenieure. Im Hafen von Danzig laufen zahlreiche Ententeschiffe mit Kriegsmaterial für Polen ein.

## Kollet und Lord Aberdeen in Warschau.

Der französische General Kollet hat, wie in Warschau in französischen Kreisen berichtet wird, Berlin mit seinem ganzen Stabe verlassen und ist im Automobil nach Warschau gefahren. Der Berliner englische Botschafter Lord Aberdeen reiste von Paris,

wohin er sich von Spa aus begeben hatte, direkt nach Warschau.

## Der Vormarsch der Russen.

Aus Warschau wird gemeldet, daß nach Nachrichten, die aus der roten Front zum polnischen Generalstab gekommen sind, man im roten Hauptquartier gedenkt, am Sonntag, den 1. August, in Warschau einzurücken. Man rechnet damit, daß die in Tschitscherins Telegramm angegebenen Mitteilungen für Ort und Zeit der Waffenstillstandsverhandlungen noch einige Tage auf sich warten lassen werden. Die Polen gehen ständig zurück, besonders an der Nordfront, wo die Bolschewisten täglich 30 Kilometer vorrücken. Man befürchtet, daß die Oberste Heeresleitung sich nicht um die Befehle der Moskauer Regierung kümmert und ihren Vormarsch trotz der Gegenbefehle fortsetzt.

## Spa im Reichstage.

Eine große Rede des Ministers Simons.

Der deutsche Reichstag trat gestern mittag zur Besprechung der Ergebnisse von Spa zusammen. Die Tribünen wiesen eine reiche Fülle auf, desgleichen waren Haus und Ministerbank stark besetzt. Präsident Lübbe eröffnete die Sitzung um 1/4 Uhr und gedachte zunächst des deutschen Abstimmungsstieges in Ostpreußen als Stolz und Trost für uns. Wir können jetzt der Abstimmung in Oberschlesien in Ruhe entgegengehen; sie erfüllt uns auch mit der Hoffnung, daß die anderen uns auferlegten Lasten des Versailler Friedens wiedergutmacht werden, freilich nicht mit Gewalt, sondern aus der Macht des Rechts. Der Präsident dankte allen, die ihr Bekenntnis zum deutschen Vaterlande abgelegt haben. (Allseitiger Beifall.)

Der erste Punkt der Tagesordnung war die Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten; sie wurde gemäß dem Antrag Burslows (Ztr.) und Müller (Soz.) durch Rufus erledigt. Abg. Schulze (Dtschnat.) bemerkte dabei, daß seine Partei ihre Bedenken gegen die Person des unabhängigen Vizepräsidenten noch immer behalte, aber keine Konsequenzen mit Rücksicht auf die gesamte Lage daraus ziehen wolle. Der bisherige Präsident und der Vizepräsident wurden wiedergewählt.

## Reichskanzler Fehrenbach

erstattete sodann Bericht über Spa und dankte dem Minister des Auswärtigen Dr. Simons für die geleistete Arbeit. Viel Neues lasse sich über Spa nicht sagen, zumal das meiste schon durch die Presse bekannt geworden sei. Die Verhandlungen hätten sich nicht zwischen gleichen Parteien vollzogen, sondern sie hätten den Charakter eines ultimatumartigen Diktates getragen. Zweimal standen wir vor der Frage des Abbruchs der Verhandlungen. Wir haben uns schließlich gefügt, aber sowohl bei der Entwaffnungsfrage, wie bei der Kohlenfrage unseren Standpunkt gewahrt. Unser Rechtsbestand basierte auf dem Völkerrecht. Deshalb müssen wir den Einmarsch der fremden Truppen ablehnen. Gegen den Einmarsch gibt es nur ein Mittel, die eingegangenen Verpflichtungen so sorgfältig wie möglich zu erfüllen. Inbezug auf die Reichsmehr wurde uns nur eine Frist von einem halben Jahre zugestanden. Auch in der Entwaffnung unseres Volkes müssen wir dem Wunsche der Entente entsprechen, um das Mißtrauen zu beseitigen. Er warne deshalb vor etwaigen Rutschen oder Unruhen. In den nächsten Tagen werde eine entsprechende Gesetzesvorlage dem Hause zugehen. Auch in der Kohlenfrage sind viele Sachverständige der Ansicht, daß die uns auferlegten Lasten unmöglich seien. Aber in der Gefahr greife man zu dem letzten Mittel, um das große Unglück des Vaterlandes zu vermeiden. Der Reichskanzler dankte der Bergarbeiterkassette für ihre vaterländische Kundgebung, daß sie die Last auf sich nehme, und desgleichen auch den Transportarbeitern, die im Reichswirtschaftsrat eine ähnliche Erklärung der Bereitwilligkeit abgegeben haben.

## Minister des Äußeren Dr. Simons

verwies zur Unterstützung seiner Ausführungen auf die vom Auswärtigen Amt herausgegebene Denkschrift. Er dankte im Namen des Kabinetts allen Sachverständigen für ihre hingebende Tätigkeit. Für die Ergebnisse von Spa aber tragen die Minister gemeinsam die Verantwortung und harrten des Urteils des Hauses. Er bitte, nicht den einzelnen nachzuforschen, wie sich jeder einzelne Minister zu den einzelnen Punkten gestellt hat. Für uns war es ein Wagnis um die einzelnen Punkte. Für die Entente war es mehr, es handelte sich für sie um die Verteilung der Beute von Versailles. Daß unsere Gegner den Friedensvertrag von Versailles außerordentlich ernst nehmen, ist uns in Spa klar geworden. Da heißt es nicht immer vom Schmachtfrieden zu reden, sondern die Bahnen stillschweigend zusammenzubringen und ihn durchzuführen versuchen. Der Frieden entspricht weder dem Waffenstillstand, noch dem Völkerrecht. Wir müssen warten, bis eine höhere Macht die Gegner eines besseren belehrt. Bis dahin aber wollen wir uns

müssen, dem Vertrage zu entsprechen. Die Alliierten würden den Einmarsch ins Ruhrgebiet als einen Sprung ins Dunkle nur sehr ungern vorgenommen haben. Er freue sich, in dem Botschafter Lauren einen Mann nach Berlin bekommen zu haben, der die wirtschaftlichen Beziehungen mit Frankreich wieder aufbauen wolle. Redner kommt dann auf die Plagenangelegenheit zu sprechen. Wir waren im Unrecht und mußten für den Streich eines Toren Sühnung geben. Gegen die französische Gesandtschaft in Warschau habe er bereits protestiert. Trotzdem habe Herr Tard den bayerischen Ministerpräsidenten wie Hesten aus dem Busch abgerumpelt. Bayern seinerseits wird keinen Gesandten nach Paris schicken. Eine Furcht vor der bayerischen Regierung wegen etwaiger Zurückhaltung einer neuen Mainlinie sei absolut unangebracht. Was die Verhaftung Dr. Dorens anlangt, so habe er für derart eigenmächtige Handlungen einzelner Regierungsstellen kein Verständnis. Herr Dorens sei bereits wieder unterwegs nach Wiesbaden. In der Kohlenfrage hat Lloyd George zu unseren Gunsten eingegriffen. Er hat dabei sicherlich nicht an unseren Vorteil gedacht, aber er hat einen offenen Blick, und ich will ihm, der jetzt erkrankt sein soll, wünschen, daß er bald wieder hergestellt sein wird. Mit Italien werden sich unsere Beziehungen bald wieder einklinken. Mit Amerika befinden wir uns noch immer im Kriegszustand. Ein Ende ist vor März nächsten Jahres nicht abzusehen. Dafür setzen aber drüben humanitäre Bestrebungen ein, für die wir herzlich danken.

Dr. Simons besprach sodann die äußeren Ergebnisse in Spa. Der Minister ging darauf zu einer Schilderung des Verlaufes der Konferenz über und legt dar, wie allmählich sich an Stelle des blaffen Diktates die Möglichkeit von Verhandlungen ergab, was namentlich bei der Abänderung der Sicherheitspolizei zutage trat. Bei der Entwaffnungsfrage blieb die Entente unbewegsam, trotz der drohenden Entwicklungen im Osten. Wir wollen in dem russisch-polnischen Kampfe neutral sein, aber der Versailler Vertrag macht uns das schwer. Wir lassen daher keine Transporte für die beiden Mächte durch unser Gebiet hindurch und haben jede Ausfuhr von Waffen und Munition dorthin untersagt. Man hat uns vorgeworfen, wir hätten die bolschewistische Regierung bereits anerkannt. Das sei schon zurzeit des Friedens von Brest-Litowsk der Fall gewesen. Er sehe auch nichts Schlimmes in der Sowjetrepublik. Es werde dort eine rege Luftbautätigkeit getrieben, welche uns vielfach als Muster dienen könne. (Beifall links. Rufus: Das habt Ihr wohl nicht erwartet?) Nun hat man uns geraten, uns in Rußlands Arme zu werfen, um die Versailler Verpflichtungen loszuwerden. Dagegen werden wir uns entschieden wehren. Wir haben an einem 30jährigen Krieg genug! Wenn Polen seine künftige Aufgabe darin suchte, eine Barriere zwischen Rußland und Deutschland zu bilden, werde es eine höchst unglückliche Zukunft haben. Das Gegenteil könne der Fall sein, wenn es eine Brücke sein wolle. Deutschland habe nichts gegen Polen.

Der Minister kam sodann auf Bela Kun zu sprechen. Nachdem das Auswärtige Amt Kenntnis von der Unwesenheit Bela Kuns erhalten hätte, mußte es der Entente loyal wie Ungarn gegenüber einreissen und ihn und seine Kollegen festnehmen. So lange die festgenommenen sich bei uns befinden, wird ihnen nichts geschehen. Stellt sich heraus, daß Bela Kun nur ein politischer Verbrecher ist, wird er dorthin gebracht werden, wohin er wünscht, im anderen Falle wird er ausgeliefert. Der Minister besprach ferner die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat, verlas die dort angenommenen Resolutionen und appellierte an das Haus, diese Forderungen zu unterstützen. Er schloß mit einem Ausblick auf Genf, wo zwischen unseren Besitzergreifungen und den Bedürfnissen Frankreichs die Mitte gezogen werden müsse, und appellierte an das Haus, den Regierung das gleiche Vertrauen mit auf den Weg zu geben, wie bei der Konferenz in Spa. — Die Weiterbesprechung wurde sodann auf den heutigen Dienstag vertagt.

Rundsch...  
schlecht...  
gar...  
gemüß...  
heute...  
emlich...  
so bin...  
do es...  
von der...  
Köhen...  
warr...  
rgern...  
nämlich...  
sch...  
als...  
mal, die...  
et, s...  
werden...  
dann wir...  
lassen? ...  
Sonnen...  
schleiden...  
er zu ihr...  
Besich...  
en, ob er...  
über seine...  
ar nicht...  
e einen...  
gefielt...  
eblieben...  
Hier ein...  
in einen...  
par nicht...  
kt. Sie...  
ar...  
öbe...  
Preise...  
nicht...  
sein...  
667...  
the...  
N...  
Tageblatt...  
er...  
ne...  
er...  
att erbet...  
ag, den...  
ede...  
rolysim...  
pen und...  
wasser...  
ntwasser...  
schlag...  
Ausfall...  
sfertige...  
s...  
achm...  
i. Sa...  
Art...  
ung...  
blatt...  
Kapital...  
d. Höhe...  
chemisch...  
21.1034...  
en...  
S. I...  
ifen...  
entlos...  
trale...  
schäfts...  
schlan...  
inover...  
rbeiten...  
SLUB  
Wir führen Wissen.